

Medienmitteilung

Nationalrat / Transparenz – Änderungen des Parlamentsrechts

Lobbying und Interessenskonflikte im Parlament: Vieles bleibt im Dunkeln

Bern, 28. Mai 2018 – Heute hat der Nationalrat über mehrere Anpassungen des Parlamentsrechts entschieden. Es zeichnet sich im Parlament ein Minimalkompromiss ab, bei dem das ursprüngliche Ziel der Vorlage – mehr Transparenz und weniger Korruptionsrisiko im Parlament – im Ergebnis auf der Strecke bleibt. Kritische Interessenbindungen, selbst hoch bezahlte, können weiterhin verheimlicht werden, problematische Beeinflussungen mit exklusiven Geschenken oder bezahlten Reisen sind weiterhin erlaubt. Für die Bürgerinnen und Bürger bleibt weiterhin viel zu oft im Dunkeln, welche Akteure mit welchen Mitteln die politischen Entscheide im Bundesparlament mitbestimmen.

Das Parlament diskutiert zur Zeit verschiedene Anpassungen des Parlamentsrechts, welche voraussichtlich noch in der laufenden Session verabschiedet werden. Nach den heutigen Beschlüssen des Nationalrats wird klar, dass hinsichtlich Transparenz und heiklen Interessenverflechtungen kaum relevante Verbesserungen an der aktuellen Situation erzielt werden. In einer Analyse kommt Martin Hilti, Geschäftsführer von Transparency International Schweiz, denn auch zum Schluss:

«Die Anpassungen sind äusserst bescheiden und klar ungenügend. Das Parlament muss die Probleme rund ums Lobbying und die eigenen Interessenkonflikte endlich ernst nehmen, gerade auch bei Zusatzmandaten, bei der Annahme von Geschenken und bei bezahlten Reisen. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Integrität und die Glaubwürdigkeit unserer Volksvertreter verloren geht.»

Bezahlte Interessenmandate und offerierte Lobby-Reisen bleiben verborgen

Für das Register der Interessenbindungen der National- und Ständeräte sind die nun beschlossenen Zusatzangaben äusserst minimal. Der Nationalrat sträubt sich weiterhin gegen jede minimste Verbesserung der Transparenz. So soll weiterhin im Verborgenen bleiben, ob ein Interessenmandat eines Ratsmitglieds ehrenamtlich oder gegen Bezahlung ausgeführt wird – was besonders bedenklich ist angesichts der Tatsache, dass in der Praxis bezahlte Mandate mit bis zu sechsstelligen Beträgen vergütet werden. Zudem fehlen beim Register weiterhin jegliche Kontrollmöglichkeiten und Massnahmen für den Fall, dass Ratsmitglieder – wie in der Vergangenheit mehrmals geschehen - ihrer Meldepflicht nicht oder nur unvollständig nachkommen.

Zwar sollen neu amtliche Auslandsreisen von Parlamentsmitgliedern auf Kosten der Bundesversammlung in einem öffentlichen Register geführt werden. Hingegen bleiben Parlamentariereisen, die von Interessengruppen bezahlt sind, ebenso wie die Annahme von Geschenken oder exklusiven VIP-Arrangements weiterhin erlaubt und müssen nicht einmal deklariert werden. Gerade nach den soeben aufgedeckten Skandalen wie beispielsweise durch Interessengruppen bezahlte Helikopterflüge für Parlamentarier oder mehrtägige Gratis-Reisen ins Ausland ist es schlicht unverständlich, dass sich das Parlament nun erneut weigert, endlich einen verbindlichen Verhaltenskodex für sich selbst zu schaffen – so wie das heute in der Schweiz in jeder gut geführten Organisation längstens Standard ist.

Schweiz im internationalen Vergleich mit Mängeln

Auch im internationalen Vergleich ist die Transparenz und der Schutz vor heiklen Interessenskonflikten im Schweizer Parlament in mehreren Bereichen mangelhaft und entspricht nicht den internationalen Standards. So hat die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) erheblichen

Handlungsbedarf festgestellt beispielsweise bei der Offenlegung und Kontrolle von möglichen Interessenskonflikten und entsprechende Empfehlungen erarbeitet. Diese wurden nun aber vom Parlament grossmehrheitlich ignoriert bzw. abgelehnt.

Umstrittener Lobbyisten-Zugang unverändert

In einer separaten Vorlage sieht die vorberatende Staatspolitische Kommission des Ständerats vor, die heutige, äusserst umstrittene Regelung für den privilegierten Zutritt von Lobbyisten zum Parlamentsgebäude beizubehalten. Zudem sollen nur minime Offenlegungspflichten für die Lobbyisten-Tätigkeit eingeführt werden. Transparency International Schweiz lehnt die Vorlage in der aktuellen Form als ungenügend ab: Das aktuelle «Götti»-System mit Dauerausweisen für Lobbyisten ist demokratiepolitisch höchst bedenklich; es ist intransparent, willkürlich und gewährt weder Chancengleichheit noch Rechtssicherheit. Es braucht vielmehr eine Lobbyisten-Akkreditierung nach objektiven Kriterien, mit klaren Verhaltensregeln und einem öffentlichen Register mit detaillierten Angaben, wer für welche Interessen und Auftraggeber im Parlamentsgebäude Einfluss nimmt.

Medienkontakt:

Martin Hilti, Geschäftsführer
Transparency International Schweiz, Bern
Tel.: +41 (0)31 382 35 50
E-Mail: martin.hilti@transparency.ch

Transparency International (TI) Schweiz ist die Schweizer Sektion von Transparency International, der weltweit führenden Nichtregierungsorganisation im Kampf gegen die Korruption. TI Schweiz engagiert sich für die Bekämpfung von Korruption in der Schweiz und in den Geschäftsbeziehungen von Schweizer Akteuren mit dem Ausland. TI Schweiz leistet Sensibilisierungs- und Advocacy-Arbeit, erarbeitet Berichte und Arbeitsinstrumente, fördert den Austausch unter spezifischen Interessengruppen, arbeitet mit anderen Institutionen zusammen und nimmt Stellung zu aktuellen Vorkommnissen. www.transparency.ch